



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/KV/243 - 22. Oktober 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0 836 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Widersprüche

51

Nach dem Zwischenfall in der Beethovenhalle

2 - 3

Lockert sich die starre Front auf den Balkan?

64

Um das Gleichgewicht der Kräfte

Von Dr. Basil Mathiopoulos

4

Kein zweites Scarborough!

44

Unterstützung für Gaitskell - Ein Manifest der Labour Party

5

Hugo Preuß

38

Zum 100. Geburtstag des Schöpfers der

Weimarer Verfassung am 28. Oktober

6

Buchbesprechung:

Grundlegung der politischen Wissenschaft

51

Ein Standardwerk sieben amerikanischer Autoren

* * * * *

Widersprüche

Nach dem Zwischenfall in der Beethovenhalle

sp - Die Wogen der Erregung über den Zwischenfall bei Eröffnung der Deutschen Afrika-Woche in der Bonner Beethovenhalle gingen noch sehr hoch und die Skala der Adjektive für das Verhalten des sowjetischen Botschafters Smirnow schien noch unerschöpflich, da wurde das diplomatische Bonn plötzlich von der Nachricht überrascht, Bundeskanzler Dr. Adenauer habe Bundesminister von Merkatz in die sowjetische Botschaft entsandt, um dort das Bedauern der Bundesregierung über das Vorkommnis auszusprechen. Die ersten Meldungen von der Entsendung des Herrn von Merkatz zu Smirnow wurden von den meisten Politikern und Journalisten einfach nicht geglaubt. Als sich die Nachricht jedoch bestätigte, begann das Rätselraten über die Motive des so eiligen Schrittes der Bundesregierung.

Das Fragespiel ist noch nicht abgeschlossen, aber doch zeichnen sich einige interessante Aspekte für die Begründung der schnellen Entschlußkraft Dr. Adenauers ab. Schon am Freitagabend, anlässlich eines Empfanges, konnte man erfahren, daß der Bundeskanzler - gewissermaßen ohne Rücksicht auf Verluste - sofort nach dem Bekanntwerden des Zwischenfalles in der Beethovenhalle seiner Absicht Ausdruck gegeben habe, sich von niemandem bei dem Versuch, die Wogen wieder zu glätten, hindern zu lassen. Ausdrücklich wurde hierbei vermerkt, daß sich dieses "niemand" auch auf Bundeswirtschaftsminister Dr. Erhard beziehe.

Aber der ganze Vorgang erscheint in einem besonderen Licht, wenn man weiß, daß am Vortage des Auftritts von Botschafter Smirnow in der Beethovenhalle von sowjetischer und von deutscher Seite zu erkennen gegeben worden war, die zur Zeit laufenden deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen spielten sich in einer günstigen Atmosphäre ab und man hoffe, recht bald zu einem für beide Seiten befriedigenden Abschluß zu gelangen.

Inzwischen ist auch von deutscher und sowjetischer Seite zu verstehen gegeben worden, daß das kürzlich von Botschafter Kroll mit Ministerpräsident Chruschtschow in Moskau geführte Gespräch "durchaus positiv" zu werten sei und daß auch in der Frage des Briefes von Dr. Adenauer an Chruschtschow (Repatriierung der noch in der Sowjetunion lebenden Deutschen) Perspektiven eröffnet wurden, die, wenn nicht zu einer fühlbaren Verbesserung, so doch zu einer Versachlichung des Verhältnisses zwischen Bonn und Moskau führen könnten.

Es ist auch bekannt geworden, daß sowjetische Botschaftsangehörige vor dem Zwischenfall in der Beethovenhalle bemüht waren, deutschen Journalisten - darunter auch prominenten CDU-Journalisten - klarzumachen, die letzte Moskauer Rede Chruschtschows nach seiner Rückkehr von der UNO-Vollversammlung sei der Beginn einer "weichen Welle" in der sowjetischen Weltpolitik.

Umso erstaunlicher und befreundlicher ist es, daß Botschafter Smirnow in der Beethovenhalle seine sonst beachtliche Selbstbeherrschung verlor. Alles das paßt irgendwie nicht zusammen, und es bleibt die Frage offen, ob die vor Eröffnung der Deutschen Afrika-Woche von der Sowjetbotschaft unternommenen Beruhigungsversuche nichts anderes waren als ein unverbindliches Gerede untergeordneter Instanzen. Andererseits jedoch bleibt mindestens in der deutschen Öffentlichkeit das gleiche Erstaunen über den schnellen Versuch Adenauers, den Zwischenfall in der Beethovenhalle beizulegen.

Lockert sich die starre Front auf dem Balkan?

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Eines der heikelsten Themen, die auf der letzten Vollversammlung der UNO zur Debatte standen, war die Balkanfrage. Ausgelöst wurde die lebhafte Diskussion bekanntlich durch den Vorschlag des rumänischen Sprechers, durch Annäherung zwischen den Balkanvölkern trotz ihrer verschiedenen Staatsformen und durch die Schaffung einer atomfreien Zone in diesem Bereich einen neuen Status auf dem Balkan zu entwickeln. Interessant bei diesem Gespräch auf der Tribüne der V.N. war die Tatsache, daß Albanien einen quasi eigenen Kurs einschlug, der eine innere Verwandtschaft mit den Standpunkten Peking's nicht verleugnen konnte und sich so von der Konzeption der übrigen Ostblockstaaten unterschied.

Griechenland und die Türkei lehnten den rumänischen Vorschlag mit dem Hinweis ab, daß eine Abrüstung auf dem Balkan nur dann verwirklicht werden könne, wenn zwischen den Großmächten eine Kontrolle auf internationaler Ebene vereinbart würde. Diese Stellungnahme bedeutet jedoch keine erneute Vereisung. Der griechische Außenminister deutete vielmehr vor der UNO an, daß der alte Balkanpakt zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei einer Neubelung bedürfe, da er z.B. auf dem militärischen Sektor seit langem nur mehr auf dem Papier existiert. Dazu kommt, daß die Vereinigten Staaten im Sommer dieses Jahres diplomatische Beziehungen zu Bulgarien aufgenommen haben. Nach neuesten Informationen beabsichtigte Washington, Bulgarien eine Staatsanleihe ohne jede politische Bedingung zu gewähren.

Ob aus dieser Tauwetterperiode ein Neuanfang wird? Es wäre höchste Zeit für diesen neuralgischen Punkt Südosteuropas, an dem das Tauziehen der Großmächte Verwirrung stiftet, seit mit Beginn des 18. Jahrhunderts die Orientfrage akut wurde. Und noch immer ist das Gleichgewicht der Kräfte nicht hergestellt! Weder Moskau noch Washington haben die Kontrolle über diesen Zankapfel erlangt. So bereiten die jüngsten Entwicklungen in der Türkei, die unter Umständen zu einem

neuen außenpolitischen Kurs führen können, dem State Department nicht wenige Sorgen.

Die Annäherungsversuche Washingtons an Sofia und Tirana ohne eine vorherige Erörterung des Problems mit Athen hatte verschiedene Rückwirkungen auf die griechische Innen- und Außenpolitik. Die Bulgaren schulden den Griechen noch immer die Zahlung der Kriegsreparationen und mit Albanien ist bis jetzt noch kein Friedensvertrag zustande gekommen. Der Führer der liberalen Opposition in Griechenland - einer Partei der Mitte - hat in einem Interview, das er der rumänischen Zeitung "Skantzia" gewährte, die Initiative Rumäniens vor der UNO begrüßt und eine Annäherung zwischen den Balkanvölkern als den politischen Tatsachen entsprechend bezeichnet. Oppositionsführer Verizelos hatte im Vorjahr offiziell Bukarest besucht und hatte im Frühjahr 1960 in Moskau lange Unterredungen mit dem Kremlchef und den maßgeblichen sowjetischen Politikern.

Die griechische Presse, und zwar nicht nur die der Opposition, gibt in ihren Kommentaren der letzten Zeit wiederholt zu verstehen, daß, wenn die USA gegenüber den Ostblockstaaten nun eine "Taktik des Lächelns" empfehle und anstrebe, das kleine Griechenland trotzdem seine Lebensinteressen im unmittelbaren Nachbargebiet nicht vernachlässigen könne. Allen Anzeichen nach wird jedoch die Regierung Karamanlis nicht diejenige sein, die einen neuen Kurs in der Außenpolitik des Landes einschlagen wird. Sie wird in ihrer starren Haltung durch die Tatsache bestärkt, daß sie bei den letzten Wahlen im Jahre 1958 immerhin 48 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Dem gegenüber sind in der bürgerlichen Opposition besonders seit der Zeit des Zypernkonflikts Tendenzen spürbar, die für eine selbständigere Haltung eintreten, was eine gewisse Revision im Verhältnis zu den übrigen Balkanstaaten mit sich bringen würde. Man hofft, daß die jüngsten Ereignisse in Ankara in dieser Hinsicht wie ein frischer Morgenwind wirken und die Atmosphäre zwischen den Balkanvölkern neu beleben werden.

Kein zweites Scarborough!

H.P. - 25 Mitglieder der Labour Party haben ein Manifest veröffentlicht, um die Partei wieder auf ihren traditionellen Weg des humanistischen Sozialismus zurückzuführen. Wahrscheinlich im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen der Parlamentsfraktion der Labour Party hat kein Abgeordneter unterschrieben, jedoch führende Gewerkschaftsfunktionäre, ehemalige Abgeordnete, Stadträte u.a. haben erklärt, daß sie weitere Unterschriften unter ihr Manifest erhoffen.

Das Manifest erklärt, daß die Arbeiterbewegung sich nicht ein zweites Scarborough erlauben darf. Die Abstimmungen hätten gezeigt, daß die Mitgliedschaft der Labour Party Hugh Gaitskell und die große Mehrheit der Labour Party-Fraktion unterstützt und daß man die gefährliche Tendenz zum Neutralismus und zur einseitigen Abrüstung aufhalten und revidieren muß. Es wird erklärt, daß man sich wieder auf die Tradition der Partei besinnen müsse, also einen nichtdoktrinären, praktischen, humanistischen Sozialismus befürworten solle. Die Labour Party solle eine Volkspartei sein, deren Rückgrat die arbeitenden Menschen bilden. Es wäre aber ein Verrat des Ideals der klassenlosen Gesellschaft, wollte man eine Sinklassen-Partei bilden. Die wäre auch der sicherste Weg zu einer Wahlniederlage.

Besonders hervorgehoben wird die historische Partnerschaft zwischen der Labour Party und den Gewerkschaften, doch sollte größere Klarheit geschaffen werden, im Interesse beider Gruppen, wer die Verantwortung für die Ausarbeitung der Politik trägt. In keinem Falle dürfte man der Parlamentsfraktion ein Diktat auferlegen. Die Labour Party muß durch ihre Tätigkeit in die Lage versetzt werden, Wahlen zu gewinnen, um die politische Macht auszuüben. Deshalb müsse man vermeiden, Utopien aufzustellen und auf ein sozialistisches Millennium zu verträsten.

Die Kritik an der jetzigen Gesellschaft dürfe nicht dazu führen, die Errungenschaften zu verkennen und die ganze Gesellschaftsstruktur abzulehnen, sondern viel eher komme es darauf an, sie zu verbessern. Dazu sei notwendig, den sozial Schwachen einen größeren Anteil am Sozialprodukt zu gewährleisten und das öffentliche vor das Privatinteresse zu stellen.

Das Manifest spricht sich eindeutig für eine Politik des Friedens aus, der jedoch nur durch kollektive Sicherheit und durch die Erfüllung der NATO-Verpflichtungen erreicht werden kann. Solange die Welt in zwei Blöcke geteilt bleibt, müsse man daher die nukleare Abschreckung beibehalten, bis eine kollektive Abrüstung möglich ist. Schließlich bekennen sich die Unterzeichner des Manifests als Menschen, für die der Sozialismus nicht ein kaltes Wirtschaftsdogma bedeutet, sondern eine Gesellschaftsordnung, wo Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und internationale Zusammenarbeit regieren.

Hugo Preuß

Dr.H.Sch. - Hugo Preuß gilt mit Recht als der Schöpfer der Weimarer Verfassung, wenn er sich auch weitgehend auf die Mitarbeit seines Freundes, des Münchener Nationalökonom Max Weber, stützte. Sproß einer alten Berliner Familie, arbeitete sich der ausgezeichnete Jurist und Staatsrechtler zum außerordentlichen Professor an der Handelshochschule in Berlin empor, da ihm als Demokrat und Jude im damaligen Preußen ein Universitäts-Lehrstuhl verschlossen war. Er war Mitarbeiter an Theodor Barths kultivierter liberaler Zeitschrift "Nation" und trat durch seine Schrift "Entwicklung des deutschen Städtewesens" und sein Buch "Stadt und Staat" hervor.

Nach dem Zusammenbruch wurde Hugo Preuß von dem Journalisten Theodor Wolff im Dezember 1918 entdeckt, als Staatssekretär in das Reichsamt des Inneren geholt und vom Rat der Volksbeauftragten mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung betraut. Preuß telegraphierte seinem alten Freund Max Weber, der soeben in der "Frankfurter Zeitung" Vorschläge über eine demokratische Verfassung veröffentlicht hatte, und forderte ihn zur Mitarbeit auf. Die beiden Männer arbeiteten in den nächsten Wochen bis tief in die Nacht hinein. Sie brüteten über ihrem Werk, das in der ersten Januar-Woche bereits eine feste Form angenommen hatte. Nach diesem ersten Entwurf sollte die deutsche Republik ein dezentralisierter Einheitsstaat mit einheitlicher Finanzverwaltung sein und Preußen in seine Provinzen aufgelöst werden.

Bald setzten Widerstände aus dem Norden und Süden ein. Bayern kämpfte mit verbissener Wut um die Restessener staatlichen Selbständigkeit, und auch in Preußen regte sich eine starke Opposition gegen die geplante Teilung des Landes. Gegen die Bayern, die eine Art von föderativer Republik mit eigener Finanzverwaltung erstrebten, setzte sich Preuß durch, gegenüber dem preußischen Block aber musste er die Waffen strecken. Auch mit seiner Auffassung, die Reichsgewalt gegen militärische Umtriebe durch den Einbau der Ausführungsbestimmungen des Ausnahmezustandes in den Verfassungstext zu festigen, mußte Preuß vor den Militärs den Rückzug antreten.

Am 20. Januar 1919 wurde der Entwurf veröffentlicht und am 8. Februar legte Preuß den Gesetzentwurf über die vorläufige Reichsgewalt der Nationalversammlung vor. Am 31. Juli 1919 fand die Schlußabstimmung statt. Am 11. August trat die Verfassung in Kraft. Am 9. Oktober starb Hugo Preuß, wenige Monate bevor Reichspräsident Hindenburg sein Amt antrat, das bereits im Schatten der Diktatur Adolf Hitlers stand.

Buchbesprechung:Grundlegung der politischen Wissenschaft

Herausgeber Ossip K. Flechtheim

Verlag Anton Hein K.G.-Weisenheim a. Gl.

K.M. - Sieben amerikanische Autoren behandeln in diesem Sammelwerk (deutsche Neufassung der 1952 erschienenen amerikanischen Ausgabe) in streng aufeinander abgestimmten Beiträgen den gesamten Problemkreis der politischen Wissenschaft: ihr Wesen und ihren Umfang, das Wachsen politischer Ideen und Institutionen, den Staat, seine Elemente und Probleme, die Verfassung des Staates als Grundlage von Politik und Regierungsgewalt, die öffentliche Meinung und politische Parteien, Struktur und Machtbereich der Regierungsgewalt und letztlich das Thema der Staatengemeinschaft in der Übergangsperiode.

Alle Aufsätze sind "typisch amerikanisch" geschrieben, das heißt, sie haben bei aller Wissenschaftlichkeit eine Unmittelbarkeit und Lebensnähe in der Darstellungsweise, die den deutschen Leser aller Kreise fasziniert und "bei der Stange" hält.

Von den Ursprüngen abendländischen Denkens und der Suche nach sozialer Gerechtigkeit im klassischen Altertum werden Brücken geschlagen zur Kulturkrise der Gegenwart und den noch immer ungelosten Problemen politischer Machtausübung. Um den vielfältigen Aspekten der Politologie gerecht zu werden, wird sie mit den Nachbarwissenschaften (Geschichte, Soziologie, Philosophie, Rechtswissenschaft, Ethnologie und Psychologie) konfrontiert.

Basis des gesamten Werkes ist der Begriff der politischen Macht, denn Flechtheim definiert die "Politische Wissenschaft" oder Politologie als "denjenigen Spezialzweig der Sozialwissenschaft, der sachlich-kritisch den Staat unter seinem Machtaspekt sowie alle sonstigen Machtphänomene unter Einbeziehung sonstiger Zielsetzungen insoweit untersucht, wie diese Machtphänomene mehr oder weniger unmittelbar mit dem Staat zusammenhängen."

Politische Macht! Gerade im gegenwärtigen Stadium der Weltpolitik ist das Verlangen gross, von der Wissenschaft Auskunft über das Wesen der "Machtblöcke" zu erhalten. Dahinter steht die Frage: vermag die Wissenschaft, Rezepte für richtiges Handeln zu geben? Wie sieht der Politologe die Zukunft der Völker?

Flechtheim stützt sich auf Toynbee und sieht Geschichte als "Herausforderung und Antwort". Die totale Krise der Gegenwart ist eine Herausforderung, auch eine Herausforderung des Bolschewismus an die "freie Welt", die mit Hilfe der Wissenschaft eine Antwort finden muss. Diese Antwort kommt aus der neuen Kraft des "dynamisch demokratischen Humanismus", der ein "neues Zeitalter des Geistes" einleiten könnte. Gemeint sind alle jene Kräfte, die angesichts der Bedrohung durch Faschismus und Bolschewismus die zum Bestand der westlichen Zivilisation gehörenden wesentlichen Werte zu erhalten suchen und zugleich für Erneuerung und Fortentwicklung unserer Gesellschaft arbeiten, um Orwells "1984" oder "das dunkle Zeitalter" zu verhindern. Der dynamisch demokratische Humanismus umreist eine Totalität von Ideen und Verhaltensweisen, die sich in unzähligen Organisationen, Parteien und Schulen der ganzen Welt durchzusetzen beginnen. - Bei der Gesamtbetrachtung erweist sich Flechtheim als gedämpfter Optimist, der weiss, dass für die Freiheit bezahlt werden muss, er nennt den Preis und kennt die Opfer.

In der Auseinandersetzung mit unserer Zeit gibt diese "Grundlegung" mehr als eine Grundlegung: sie verbindet Politik und Existenz des Einzelnen so einleuchtend, daß der Leser ein neues Gefühl der Verantwortung für die grossen Zusammenhänge unseres Zeitalters bekommt.